

INHALT

Zur Einleitung	7
Die Zeitung in der Ära Ceaușescu	11
Medienpolitik unter Ceaușescu	20
Die deutsche Minderheit in Rumänien – Geschichte und Gegenwart . .	24
Eine Zeitung für die deutsche Minderheit.	31
Die Journalisten	37
Die Zeitung und die Zensur	40
Die Zwischenzeilentechnik	42
Das Profil der Hermannstädter Zeitung in den Jahren 1968 bis 1989 . .	45
Die Rumäniendeutschen in der HZ	53
Neues aus dem Ausland.	62
Die Hermannstädter Zeitung nach der Wende	69
Der Sturz des Diktators	69
Rumäniens demokratischer Weg	73
Die erste freie HZ.	78
Der Exodus der Rumäniendeutschen	81
Das DFDR als politische Vertretung der Rumäniendeutschen	85
Die Situation der Minderheiten seit der Wende	90
Zeitungsieber in Rumänien	93
Der steinige Weg zum neuen Blatt	95
Fusion abgelehnt	99
Der Relaunch und das neue Konzept.	102
Finanzierung und Vertrieb	104
Die Journalisten heute	106
Politik aus freien Stücken	112
Auf dem Weg in die Zukunft	127
Von der Diplomarbeit zum Buch	133
Anmerkungen	143
Interviews	160
Quellen- und Literaturverzeichnis	163



Karikatur von Otto Hudak

Zur Einleitung

Die *Hermannstädter Zeitung* erscheint seit 1968 als lokale Wochenzeitung in deutscher Sprache in Hermannstadt, Rumänien. Sie begann ihr publizistisches Leben in einem sozialistischen System, das ihr eine ideologische Grundausrichtung aufzwängte und sie zwischenzeitig einer harten Zensur unterwarf. Im sozialistischen Rumänien der damaligen Zeit gab es – trotz der vermeintlich widrigen Ausgangssituation – eine facettenreiche deutschsprachige Presselandschaft, die eine große deutschstämmige Leserschaft bediente. Die *Hermannstädter Zeitung* hat als Teil dieser Presselandschaft auch unter den strengen Auflagen ihren Beitrag zur kulturellen Identität der deutschen Bevölkerung Rumäniens geleistet. Heute ist die *Hermannstädter Zeitung*, kurz HZ, eine der zwei letzten deutschsprachigen Zeitungen in Rumänien, die die turbulente Transformation der Gesellschaft und der Medienlandschaft nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur überstanden haben. Der Weg zu ihrem neuen publizistischen Leben in der Demokratie war nach der Wende von 1989 mühevoll, denn der Zusammenbruch des politischen Systems und der alten Gesellschaftsordnung brachte ihr nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch neue Schwierigkeiten. Die heutige Auflage von 2000 Exemplaren – in ihrer Blütezeit erreichte die Zeitung das Fünffache – zeugt von einem der Hauptprobleme, einer »verschwundenen« Leserschaft.

Dennoch lässt sich der heutige Wert der HZ nicht allein rechnerisch in Auflagenzahlen erfassen. Seit 40 Jahren bedient die Zeitung eine spezifische Leserschaft mit spezifischen Informationsbedürfnissen, sie stellt nach wie vor einen Kulturwert für diese Leserschaft dar.

Die Geschichte dieser Zeitung ist ein besonderes Kapitel in der Medienhistorie Rumäniens. Als deutschsprachige Publikation in Rumänien, die nach wie vor erscheint, ist sie schon deshalb von Interesse, weil das Land auf eine in Südosteuropa einmalige, fast 240-jährige deutsche Pressetradition zurückblickt. Am 18. April 1771 erschien mit den *Temeswarer Nachrichten* in der gleichnamigen Stadt im Banat die erste deutschsprachige Zeitung und zugleich die erste Zeitung auf dem Gebiet des heutigen Rumäniens. Die erste deutschsprachige Zeitung in Siebenbürgen wurde 1778 von einem Mann namens Martin Hochmeister in Hermannstadt herausgegeben, das *Theatral Wochenblatt*. Nach diesen pressegeschichtlichen »Gründerjahren« verlief die Entwicklung der deutschsprachigen Presse – sowohl im Banat als auch in Siebenbürgen – energisch, in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten wurden zahlreiche Publikationen in täglicher, wöchentlicher oder monatlicher Erscheinungsweise ins Leben gerufen, mit jeweils unterschiedlichem

politischen, kulturellen oder religiösen Profil. Einige gingen schnell wieder ein, andere überdauerten unter wechselnden Namen über lange Zeiträume, wiederum andere fusionierten mit Konkurrenzblättern zu neuen Publikationen. In der Zeit zwischen den Weltkriegen erschienen in Rumänien 77 Zeitungen und 30 Zeitschriften in deutscher Sprache.

Details zur Geschichte der deutschsprachigen Presse in Rumänien sind nachzulesen bei Autoren wie Nikolaus Berwanger, Alfred Coulin, Eduard Eisenburger, Hans Frick, Michael Kroner, Hans Meschendörfer, Monica Barcan (siehe Literaturverzeichnis). Die Geschichte der *Hermannstädter Zeitung* wird in diesem Buch erzählt. Zum ersten Mal, denn bislang wurde die Geschichte dieser – nennen wir sie so – Nischenpublikation in umfassender Form noch nicht festgehalten.

Dabei bietet die 40-jährige Geschichte dieser Zeitung eine Menge Erzählstoff. Die HZ führt – zusammen mit der in Bukarest erscheinenden *Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien*, kurz ADZ – historisch gesehen die deutschsprachige Presse tradition in Rumänien fort.

Die *Hermannstädter Zeitung* selbst ist unter anderen Vorzeichen entstanden als ihre publizistischen Ahnen. Als Printmedium wurde die HZ 40 Jahre lang durchgehend, aber in zwei grundverschiedenen politischen Systemen herausgegeben. Damit unterlag die Zeitung im Lauf ihrer Geschichte jeweils absolut unterschiedlichen Bedingungen der journalistischen Arbeit.

In diesem Buch wird der publizistische Weg der HZ vom Sprachorgan der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP) zur politisch unabhängigen, lokalen Wochenzeitung nachgezeichnet. Ihr Nischencharakter, den sie aufgrund ihrer Deutschsprachigkeit in gewisser Weise sowohl unter der totalitären Herrschaft besaß, als auch nach der Wende beibehielt, wird dabei besonders herausgestellt.

Die Geschichte dieser Zeitung wird in diesem Buch ganzheitlich erzählt. Das heißt, es wird nicht nur die HZ als gedrucktes Medium vorgestellt. Dieses Buch handelt ebenso von den Journalisten, die sie entwickelten, mitgestalteten, aus der Diktatur in die Freiheit geleiteten und die sie heute im demokratischen System produzieren. Die Redaktion als Gruppe von Menschen mit gemeinsamen und individuellen Zielen und Absichten wird hier immer mitgedacht, wenn auf den folgenden Seiten parallel von »der Zeitung«, »dem Blatt«, »dem Team« oder einfach nur von der HZ die Rede ist.

Die Zeitung und ihre Inhalte werden in diesem Buch nicht in einem luftleeren Raum betrachtet. Sie war und ist Teil des jeweiligen Gesellschaftssystems, in dem sie existierte und heute noch existiert. In diesem Buch möchte die Verfasserin daher aufzeigen, wie die HZ sich in einem Spannungsfeld bewegte und entfaltete, das zwischen den journalistischen Ambitionen ihrer Redakteure und den politischen und gesellschaftlichen Zwängen herrschte.

Entstanden ist dieses Buch aus einer Diplomarbeit, die die Verfasserin im Jahr 2004 an der Universität Siegen vorlegt hat. Der Bericht von der

Gründung, vom Werdegang und vom Wandel der *Hermannstädter Zeitung* – und von den Zeitungsmachern verschiedener Zeiten – fußt auf umfangreichen Recherchen. Kernstück dieser Recherchen waren viele Interviews mit heutigen und ehemaligen Redakteuren, die der Autorin in langen Gesprächen von ihrer Zeit im HZ-Team berichteten. Eine qualitative Inhaltsanalyse zahlreicher Zeitungsausgaben, bei der das Profil der HZ im Wandel der Zeit untersucht wurde, ergänzte die wissenschaftliche Informationssammlung. Theoretisches und Erklärendes zum Diplomprojekt ist in den abschließenden Kapiteln nachzulesen.

Eine Anmerkung möchte die Verfasserin ihren Leserinnen und Lesern vorab mit auf den Weg durch die Kapitel dieses Buches geben: Aus pragmatischen Gründen wird hier durchgängig von der *Hermannstädter Zeitung* beziehungsweise von der HZ die Rede sein. Die Zeitung musste aber vom 29. Oktober 1971 bis zum 15. Dezember 1989 den Namen *Die Woche* führen. Für die Redakteure ist dieser Name stets eine Notlösung gewesen, und gleich nach der Wende, in der ersten freien Ausgabe vom 26. Dezember 1989, kehrten sie zum traditionellen Namen zurück. Die Autorin verzichtet darauf, im Text das Kürzel DW für die betreffende Zeitspanne oder gar ein »zwitteriges« HZ/DW zu verwenden, das wäre unnötig verwirrend. Die *Hermannstädter Zeitung* bleibt hier durchgehend die HZ, so wie sie es im Geiste der Redakteure und ihrer Leserschaft immer war. Man möge sich aber bitte dessen bewusst sein, dass ein und dieselbe Zeitung gemeint ist, wenn in externen Zitaten und in Quellenhinweisen die Benennung *Die Woche* auftaucht.

Die fixe Idee

Wie aber entstand die Idee zu diesem Buch? Die Verfasserin hat die *Hermannstädter Zeitung* im Jahr 2002 kennen gelernt, als sie in deren Redaktion ein journalistisches Praktikum absolvierte. Diese kleine Zeitung, aber auch das Umfeld ihrer Berichterstattung – darunter vornehmlich der Kreis deutschsprachiger Akteure in Hermannstadt – und ihre Leserschaft weckten ihre Neugier.

Bald schon tauchte sie tiefer in die Geschichte dieser Zeitung ein, die ihr so ungewöhnlich wie spannend erschien, betrachtete sie sie doch mit den Augen einer deutschen und damit westlichen Journalistin (und späteren Forscherin). Vielleicht ist der Entschluss beim Blättern im HZ-Archiv gereift, vielleicht bei den vielen Gesprächen mit dem damaligen Chefredakteur der HZ, Horst Weber. Die fixe Idee war da: Die Geschichte der *Hermannstädter Zeitung* muss aufgeschrieben werden.

Aus der fixen Idee wurde prompt ein Diplomprojekt an der Universität Siegen, über viele Monate galten alle Gedanken der Verfasserin der Recherche rund um die *Hermannstädter Zeitung*. In Deutschland und in Rumänien

sprach sie stundenlang mit den Menschen, die die HZ aus Gründertagen kannten und/oder heute noch gestalten. Warum sie Journalisten geworden sind, wie sie die Zensur in der Ära Ceaușescu empfanden, wie sie für »ihre« deutschsprachige Zeitung auch in der Diktatur kleine Freiheiten erkämpften, wie sie persönlich für die HZ eintraten, als ihr Bestehen nach der Wende von 1989 immer wieder gefährdet war, wie sie heute arbeiten und ihre kleine Nischenpublikation am Leben erhalten – keine ihrer Fragen blieb unbeantwortet. Mehr noch: Diese vielen subjektiven Schilderungen – zu einem Gesamtbild zusammengefügt – machten für die Autorin 40 Jahre HZ-Geschichte lebendig. Dieses Gesamtbild hat sie ergänzt durch ihre eigene Perspektive und wissenschaftliche Arbeit und weitere eigene Beobachtungen – denn von 2004 bis 2006 hat sie selbst als Redakteurin im Auftrag des Instituts für Auslandsbeziehungen Stuttgart (IfA) bei der HZ gearbeitet. Sie möchte all dies in diesem Buch vorstellen.

Der Dank der Verfasserin gilt allen ehemaligen und heutigen Redakteuren der *Hermannstädter Zeitung*, die ihr tiefen Einblick in eine ihr bis dahin nur wenig bekannte, vergangene Zeit, aber auch in ihr heutiges Arbeitsleben ermöglichten. Ebenso dankt sie allen anderen Gesprächspartnern, die in Interviews weitere Facetten beisteuerten.

Ein besonderer Dank gilt den Chefredakteuren der *Hermannstädter Zeitung* – denen von damals und der einen Chefredakteurin von heute – in chronologischer Reihenfolge Ewalt Zweyer, Georg Scherer, Horst Weber und Beatrice Ungar, sowie der ehemaligen HZ-Redakteurin Annemarie Weber, die immer wieder mit Rat und Tat, mit Antworten und vor allem mit konstruktiver Kritik zur Stelle waren, wenn die Autorin darum bat. Mit Anselm Roth hatte sie zudem einen engagierten, aber zugleich geduldigen Lektor zur Seite, dem sie ebenfalls herzlich dankt.

Für die finanzielle Förderung dankt sie der Siebenbürgisch-Sächsischen Stiftung und der Stiftung Presse-Haus NRZ. Mit Hilfe all dieser Unterstützer hat die fixe Idee der Autorin heute zwei Buchdeckel.

im Juni 2008

Anna Galon

Die Zeitung in der Ära Ceaușescu

Als die *Hermannstädter Zeitung* am 25. Februar 1968 zu erscheinen begann, war Nicolae Ceaușescu noch keine drei Jahre im Amt. Um genau zu sein: eintausendundeinundsiebzig Tage.

Ceaușescu wurde am 22. März 1965, drei Tage nach dem Tod seines Vorgängers Gheorghe Gheorghiu-Dej, zum Ersten Sekretär der Rumänischen Arbeiterpartei berufen. Er war der jüngste Mann im Politbüro und den meisten Bürgern Rumäniens unbekannt. Zwar hing sein Porträt mit denen der anderen Politbüromitglieder in allen öffentlichen Gebäuden, aber wer wusste schon, dass er – weil zuständig für die sogenannten »Kaderfragen«, also die Personalpolitik der Partei – der zweitmächtigste Mann in der Parteihierarchie war? Im selben Jahr 1965, auf dem IX. Parteitag (vom 19. bis 24. Juli) ließ Ceaușescu, nun die Nummer eins, die Rumänische Arbeiterpartei (RAP) in Rumänische Kommunistische Partei (RKP) umbenennen und sich selbst nicht mehr als Erster Sekretär, sondern als Generalsekretär des Zentralkomitees titulieren.

Phasen der Politik Ceaușescus

Ceaușescu war in einer Phase an die Macht gekommen, die schon unter Gheorghiu-Dej begonnen hatte: Rumänien setzte sich zunehmend von der Sowjetunion ab und begann eine Politik der kulturellen Selbstbesinnung und nationalen Selbstbestimmung zu führen.

Das verschaffte dem neuen Mann Sympathien nicht nur bei der Bevölkerung, sondern zog auch jene Funktionäre im Parteiapparat auf seine Seite, die ebenso wie er »nationalkommunistisch« dachten. Mit ihrer Unterstützung gelang es ihm, die Vertreter der prosowjetischen Fraktion aus dem Zentralkomitee zu entfernen und seine eigene Position zügig auszubauen.¹ Unter anderem entledigte er sich des langjährigen Innenministers Alexandru Drăghici, der für zahllose Übergriffe und Grausamkeiten der gefürchteten *Securitate* verantwortlich war. Die Geheimpolizei selbst stellte Ceaușescu unter die Kontrolle der Partei. Andererseits ließ er unter Gheorghiu-Dej verurteilte und hingerichtete oder schlicht heimlich ermordete KP-Größen – beispielsweise Lucrețiu Pătrășcanu und Ștefan Foriș – rehabilitieren, was ihn in ein vorteilhaftes Licht stellte und seinen Vorgänger als Kriminellen erscheinen ließ.

Der neue Mann trat als Reformler auf. Er gab sich leutselig, umgab sich gelegentlich mit Künstlern und schien auch anderer Leute Meinung gelten zu lassen. So veranstaltete er beispielsweise Begegnungen mit Intellektuellen ungarischer, deutscher und anderer Nationalität, in deren Folge die sogenannten

»Räte der Werktätigen« als Vertretungen dieser Nationalitäten gegründet wurden. Von der allgemeinen Lockerung, die freilich nur so weit ging, wie die Partei es erlaubte, profitierten also auch die nationalen Minderheiten.

Im Ausland erregte Ceaușescu durch seine für damalige Verhältnisse spektakulären außenpolitischen Alleingänge großes Aufsehen. Rumänien brach nach dem Sechs-Tage-Krieg als einziger Ostblockstaat die Beziehungen zu Israel nicht ab, nahm – ebenfalls 1967 – als erstes sozialistisches Land diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf und empfing 1969 als erstes sozialistisches Land den Besuch eines amerikanischen Präsidenten, Richard Nixon. Richtig beliebt bei seinem Volk und populär im Westen wurde Ceaușescu aber vor allem im August 1968, als sich Rumänien nicht am Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei beteiligte und er selbst gegen die Niederschlagung des »Prager Frühlings« öffentlich protestierte. Diese Popularität sollte ihm im Westen noch lange von Nutzen sein, auch in den 70er und 80er Jahren, als er endgültig auf jede liberale Maske verzichtete und seine Stellung als Diktator ungehemmt ausbaute.²

Mit seinen Vorschlägen »für Maßnahmen [...] zur Verbesserung der politisch-ideologischen Tätigkeit, zur marxistisch-leninistischen Erziehung der Parteimitglieder und aller Werktätigen« (HZ vom 9. Juli 1971), den so genannten Juli-Thesen, brach Ceaușescu 1971 den pseudoliberalen Kurs ab. Die Inspiration für diese »Mini-Kulturrevolution« verdankte er einer Reise durch Mao Tse-tungs China und Kim Il Sungs Nordkorea. Als er nun zu einer Restalinisierung mit nationalistischer Prägung ansetzte, waren an der Parteispitze keine nennenswerten Gegner mehr vorhanden, die ihn auf dem Weg zur absoluten Macht hätten aufhalten können.³

Ceaușescu begann mit einer geradezu grotesken Ämterhäufung.⁴ Bereits 1967 veranlasste er seine Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrats, was ihn automatisch zum Staatsherrn machte. 1969 wurde er Vorsitzender des neuen »Rates für Nationale Verteidigung« und als Staatsherr zugleich »Oberster Kommandant der Bewaffneten Streitkräfte Rumäniens«.

Als der »Oberste Rat für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung« als eine Art Superregierung gegründet wurde, übernahm Ceaușescu natürlich auch dessen Vorsitz. 1974 erfand er kurzerhand das Amt des »Staatspräsidenten der Sozialistischen Republik Rumänien« – um es selbst zu bekleiden. Mit dem Amt miterfunden war auch das »Präsidentenzepter«; nur der Reichsapfel und die Krone fehlten, um das dynastische Muster vollkommen zu machen.

Auch in hohe gesellschaftliche Ämter ließ sich Ceaușescu wählen. 1968 schlossen sich die so genannten »Massenorganisationen« – Gewerkschaften, Fachverbände, Frauenverein und ähnliches – im Dachverband »Front der Sozialistischen Einheit« zusammen, den fortan Ceaușescu anführte. Und 1977 übernahm er auch noch den Vorsitz des »Nationalrates der Werktätigen« – er,

dessen werktätige Laufbahn (als Schusterlehrling) schon mit fünfzehn Jahren zu Ende gewesen war. Danach war er von Beruf nur noch »Revolutionär«.

Die Ämterhäufung beschränkte Ceaușescu nicht nur auf sich selbst. Seine Frau Elena führte er 1972 als Seiteneinsteigerin in die Politik ein. Sie begann ihre politische Karriere mit ihrer Wahl ins Zentralkomitee der RKP, obwohl sie die Parteihierarchie nicht durchlaufen hatte, und sammelte in kurzer Zeit ebenfalls politische und öffentliche Ämter. 1980 wurde sie zur Ersten Stellvertretenden Premierministerin ernannt.

Parallel zum Ausbau der eigenen Macht achtete das Ehepaar Ceaușescu sorgfältig darauf, dass sich im Partei- und Staatsapparat kein eventueller Konkurrent eine Machtbasis schaffen konnte. Seit Ende der 60er Jahre galt das »Rotationsprinzip«: In sämtlichen Ressorts wurden die Verantwortlichen regelmäßig ausgewechselt.⁵ Die Kriterien für die Vergabe eines Amtes an einen Funktionär – der durchaus auch völlig »fachfremd« sein durfte – waren unbedingter Gehorsam, Autorität im Umgang mit Untergebenen und Organisationstalent. In wichtige Ämter setzte der Partei- und Staatschef immer häufiger seine Verwandten oder zumindest absolut loyale Gefolgsleute ein. So baute er in den 25 Jahren seiner Herrschaft einen so genannten neopatrimonialen Staat auf, der sich durch ein »ungewöhnlich hohes Maß an Klientelwirtschaft und Patronagewesen«⁶ auszeichnete.

Um seine Doppeldiktatur inszenierte das Ehepaar Ceaușescu einen beispiellosen Personenkult. Noch 1968 hatte Ceaușescu erklärt: »Wir brauchen keine Idole.«⁷ Zehn Jahre später ließ er sich kultisch hochleben als »erster Arbeiter des Landes«, »Stern des Januars« (sein Geburtsmonat) oder auch als »Eiche von Scornicești« (sein Geburtsort). Seine Hofpoeten riefen die »Ära Ceaușescu« aus, eine neue Ära »des rumänischen Kommunismus, ja des Werdegangs der kommunistischen Weltbewegung, wenn nicht gar der Menschheitsgeschichte schlechthin«.⁸

Die Realität sah anders aus. 1970 und in den folgenden Jahren wurde Rumänien von schweren Überschwemmungen heimgesucht, 1977 verheerte ein Erdbeben Bukarest und andere Städte und forderte mehr als 1500 Tote. Die von Ceaușescu forcierte Industrialisierung – sie konnte nur mit westlicher Hilfe gelingen – stürzte Rumänien in immense Auslandsschulden, die der Diktator bis zum letzten Heller abzahlen wollte (und im April 1989 für abbezahlt erklärte). Hinzu kamen die pharaonischen Pläne, die Ceaușescu in Angriff nehmen ließ: den Bau einer Hochgebirgsstrasse über die Südkarpaten (die witterungsbedingt bis heute bestenfalls sechs Monate im Jahr befahrbar ist), den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals (fertiggestellt) und des Kanals Donau-Bukarest (unvollendet), des »Palastes des Volkes« (heute Parlamentsgebäude, ebenfalls unvollendet), die städtebauliche Neuordnung – »Systematisierung« – der Hauptstadt und zahlloser Dörfer und Städte (nur teilweise verwirklicht). Das zusammen hatte für Rumäniens Bevölkerung

Unterdrückungen und vor allem wachsende Entbehrungen zur Folge. Die Grundnahrungsmittel waren ebenso wie der Treibstoff rationiert; die Bevölkerung saß wegen der Energiekrise Abende lang im Dunkeln, und um einen Liter Milch musste man schon in der Nacht um drei anstehen.

Im »stalinistischen System à la Ceaușescu«, wie Othmar Kolar schrieb, wuchsen die Repressionen sowohl gegen die Minderheiten als auch gegen das Mehrheitsvolk der Rumänen an.

Minderheitenpolitik unter Ceaușescu

Im Jahr 1965, als Nicolae Ceaușescu an die Parteispitze gelangte, änderte Rumänien seinen Staatsnamen und verabschiedete eine neue Verfassung. Am 21. August 1965 wurde aus der »Rumänischen Volksrepublik« die »Sozialistische Republik Rumänien« (SRR), das Land trat nun nach eigener Auffassung in eine Etappe der »Vollendung des sozialistischen Aufbaus«.⁹

Die einsetzende politische Liberalisierung sollte für die nationalen Minderheiten gute und schlechte Folgen haben, denn neben rechtlichen Zugeständnissen hielten die Machthaber auch fragwürdige Neuerungen fest, auf die später hingewiesen wird.

Artikel 17 der Verfassung hielt die Grundrechte der Minderheiten fest:

»Die Staatsbürger der Sozialistischen Republik Rumänien sind in allen Bereichen des wirtschaftlichen, politischen, juristischen, sozialen und kulturellen Lebens, ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse, des Geschlechts oder des Glaubens gleichberechtigt. [...] Direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte aufgrund der Rassen-, der Religions- und der Nationszugehörigkeit sowie Anstiftung zum Rassen- oder nationalen Haß wird gesetzlich geahndet.«¹⁰

In weiteren Artikeln wurde den Minderheiten ein Recht auf kulturelle Entfaltung und Pflege der jeweiligen Kultur, auf den Unterricht in der Muttersprache in allen Stufen des Schulwesens sowie auf die Benutzung der Muttersprache auf Verwaltungsebene und vor Gericht garantiert.

Weiter blieb das Nationalitätenstatut vom 6. Februar 1945 in Kraft, das schon damals den Gebrauch der Muttersprache im schulischen, privaten und öffentlichen sowie juristischen Sektor in denjenigen Orten und Bezirken zugelassen hatte, in denen eine Nationalität mehr als 30 Prozent der Bevölkerung ausmachte.

Von diesem Statut waren jedoch die Deutschen in Rumänien aufgrund der ihnen zugeschriebenen Kollektivschuld zu Beginn ausgenommen gewesen. Erst im Zuge einer Ausweitung des Statuts im Jahr 1948 erhielten auch sie die entsprechenden Minderheitenrechte. Die neue Verfassung von 1965 war für alle Minderheiten gleichermaßen gültig.¹¹



Der Große Ring im Jahr 1969

Im Verfassungstext waren einige Formulierungen und Bestimmungen enthalten, die bereits konkrete Hinweise auf die künftige Richtung der Minderheitenpolitik gaben. So wurden die nationalen Minderheiten erneut als »mitwohnende Nationalitäten« (*naționalități conlocuitoare*) angesprochen. Mit diesem Begriff waren sie schon 1945 bedacht worden.

Diese Terminologie schien den Nationalitäten einen gleichberechtigten Status zu gewähren, tatsächlich wurde ihnen damit aber der völkerrechtliche Schutz entzogen, der einer »Minderheit« zusteht. Damit deutete Ceaușescu bereits sein künftiges Ziel an: die Abschaffung der Kultur der Minderheiten durch ihre forcierte Angleichung an die rumänische Mehrheitskultur, von der er Anfang der 70er Jahre ganz offen sprechen sollte.¹²

In der liberalen Phase zur Zeit seines Machtantritts gingen diese ersten Signale unter, denn es war ein Aufbruch, eine Veränderung in Rumänien spürbar. Dass die Liberalisierung vor allem außenpolitisch motiviert war – Ceaușescu wollte Konflikte im Inland vermeiden, um ein Einschreiten der Sowjetunion, wie in der Tschechoslowakei geschehen, zu verhindern – und vom neuen Staatschef geschickt zur Beseitigung politischer Gegner und zur Konsolidierung seiner Macht genutzt wurde, sollte erst in einigen Jahren klar

werden, als er die Schraube der Repression anzog, obwohl die Gefahr einer vermeintlichen sowjetischen Invasion gebannt zu sein schien.¹³

Etwa ab der Mitte der 60er Jahre genossen die Minderheiten die relative Freiheit, ihre Kultur und ihr Brauchtum zu pflegen und ihre nationale Identität offen zu leben. Ceaușescu betrieb jedoch kontinuierlich eine »Politik der Verschärfung und Lockerung«¹⁴. Er machte Zugeständnisse, dann wurden sie wieder aufgehoben, wieder andere neu gewährt – dabei erwartete er stets die Loyalität der Minderheiten gegenüber dem ach so gnädigen und liberalen rumänischen Staat.

Auf das Zuckerbrot folgte die Peitsche. Zu Beginn des Jahres 1968 ließ der Staatschef sie lautstark knallen, als im Zuge einer Gebiets- und Verwaltungsreform die »Mureș-Ungarische Autonome Region« aufgelöst wurde. Fortan wurde in Gebieten mit hohem ungarischen Bevölkerungsanteil eine rumänische Ansiedlung vorangetrieben, damit sollte die geschlossene magyarische Minderheit aufgelöst und nach und nach assimiliert werden.¹⁵

Dieselbe Verwaltungsreform machte den Minderheiten aber auch Zugeständnisse: In Landkreisen mit einem hohen Minderheitenanteil der Bevölkerung durften Kreiszeitungen in deren Muttersprache gegründet werden. Im Kreis Hermannstadt entstand die *Hermannstädter Zeitung*.

Kurswechsel

Die von Ceaușescu verkündeten Juli-Thesen leiteten die Restalinisierung ein. Ab 1971 änderten sich die Methoden der Nationalitätenpolitik drastisch. Ceaușescu widmete sich fortan offen seinem großen Ziel, der »Homogenisierung« der Bevölkerung. Das bedeutete nichts anderes als eine vollkommene Verschmelzung der nationalen Minderheiten mit der rumänischen Mehrheitsbevölkerung. Es galt in seinen Augen, eine »Gesellschaft ohne Klassen und ohne ethnisch-kulturelle Sondermerkmale hervorzubringen«.¹⁶

Diese Gesellschaft sollte rumänischer Nation sein. Im Jahr 1971 wurde die Anweisung erlassen, dass sämtliche Ortsnamen vereinheitlicht werden sollten, sprich: Es sollten in der Öffentlichkeit und vor allem in den Medien nur noch die offiziellen rumänischen Namen zugelassen sein. Bis dahin war es üblich gewesen, dass jede Ethnie im öffentlichen Gebrauch ihre eigenen Ortsnamen verwendete: *Sibiu* schrieben die Rumänen, *Hermannstadt* die Deutschen und *Szeben* die Magyaren.

Infolge dieser Verordnung musste sich die *Hermannstädter Zeitung* über Nacht und bis zur Revolution vom Dezember 1989 *Die Woche* nennen. Zunächst durften noch Ortsnamen, die den rumänischen Bezeichnungen phonetisch ähnelten, beibehalten werden. Ab dem Jahr 1988 galt die Regelung strikt für alle Ortsnamen. Diese Verordnung ist allerdings niemals schriftlich öffentlich gemacht worden. Die Sprachregelung ging so weit, dass den



Die »Hermannstädter Zeitung« hieß vom 29. Oktober 1971 bis 15. Dezember 1989 »Die Woche« (Postbotin in Abtsdorf).

Journalisten nicht gestattet war, die Namen mittelalterlicher rumänischer Fürsten zu übersetzen: Ștefan cel Mare durfte auch in den deutschsprachigen Zeitungen nicht als Stefan der Große geschrieben werden.¹⁷

Weitere diskriminierende Maßnahmen folgten. Die Auslandskontakte der Bevölkerung wurden im Jahr 1974 erschwert. Ausländer durften nicht mehr in Privathaushalten wohnen oder übernachten, ausgenommen waren nur engste Familienmitglieder. Auch wenn diese Regelung alle rumänischen Staatsbürger umfasste, so traf sie doch die Angehörigen der Minderheiten besonders hart, die Kontakte zu im Ausland lebenden Verwandten und Freunden unterhielten.

Zwei Jahre später wurde das Gesetz abgeändert. Nun durften rumänischstämmige Ausländer von ihren in Rumänien lebenden Verwandten aufgenommen werden.¹⁸

Der in der Verfassung garantierte Gebrauch der Muttersprache in öffentlichen Ämtern entpuppte sich als Farce und war im Alltag nicht möglich.¹⁹ In der Kulturpolitik wurde immer stärker das Rumänischnationale in den Vordergrund geschoben, diesem hatten die Nationalitäten ihre Loyalität zu erweisen. Auf dem XI. Parteitag hielt die RKP in ihrem Programm fest: »Es wird in absehbarer Zukunft in Rumänien keine Nationalitäten mehr geben, nur noch eine sozialistische Nation.«²⁰

Die Assimilierung trieb der Staatschef mit einer gelenkten Zersiedlungspolitik voran. Die Freiheit, den Arbeitsplatz wählen zu können, wurde für rumänische Staatsbürger durch strenge Gesetzgebung so gut wie völlig aufgehoben. Der Zuzug in größere Städte war nur mit spezieller Genehmigung des Ministerrates gestattet. Mit solchen und ähnlichen Maßnahmen sollte in traditionellen Siedlungsgebieten der Minderheiten eine rumänische Bevölkerungsmehrheit erreicht werden. Intellektuelle und Akademiker aus den Reihen der Minderheiten versetzten die Behörden in rumänischsprachige Gebiete, Rumänen lockten sie mit »Umzugsprämien« gezielt in Minderheitengebiete.²¹

Die Minderheiten wurden auch ihrer Medien wieder beraubt. 1984 wurde eine Energiekrise als Vorwand benutzt, um deutsch- und ungarischsprachige Fernsehsendungen abzuschaffen. Im Jahr darauf wurden auch Radioprogramme in den Sprachen der Minderheiten eingestellt. Das Verlagswesen in den Nationalitätensprachen wurde eingeschränkt.²²

Auch die Situation des Minderheitenschulwesens verschlechterte sich zunehmend, die Zahl der Nationalitätenschulen sank. Es wurden immer mehr Lehrer eingestellt, die der Minderheitensprache nicht mächtig waren, so dass in den 80er Jahren viele Fächer nur noch in rumänischer Sprache unterrichtet werden konnten.²³ Deutsche Lehrer und Intellektuelle bekamen oft ohne weitere Verzögerung eine Ausreisegenehmigung.²⁴ Die Minderheitenbevölkerung wurde auf diese Weise gezielt ihrer geistigen Elite beraubt, die Schulen litten bald an einem gravierenden Mangel an qualifizierten Lehrkräften.

Mit seiner anfänglich relativ liberalen Minderheitenpolitik hatte sich Ceaușescu Anerkennung im Ausland erworben. Lange musste beispielsweise das Mediensystem in den Sprachen der Nationalitäten als Aushängeschild erhalten. Als sein Feldzug gegen die ethnische Identität und ihre Sondermerkmale auch von den westlichen Staaten registriert und kritisiert wurde, wies die rumänische Regierung sämtliche Proteste als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rumäniens zurück.²⁵

Mit den Minderheiten konnte Ceaușescu nicht nur lange Zeit um Sympathien buhlen, er verdiente auch an ihnen. Die quotierte, aber weitgehend ungehinderte (zumindest wirkte sie nach außen so, die inländischen Schikanen blieben unsichtbar) Aussiedlung der Juden und Deutschen warf zum einen ein positives Licht auf die zunehmend restriktive Minderheitenpolitik. Zum anderen stellten sowohl die jüdische Bevölkerung als auch die Deutschen für Ceaușescu Handelsware dar (vgl. Seite 27).



1970 in der Heltauergasse: Demontage der Straßenbahnschienen.